

Kiel, 29. April 2019

PRESSEMITTEILUNG

Mitgliederversammlung des Städteverbandes Schleswig-Holstein in Norderstedt: Städte benötigen Planungssicherheit – Weichen für nachhaltige Kommunalfinanzierung müssen jetzt gestellt werden

Die Vorstände des Städtetages und des Städtebundes Schleswig-Holstein haben am 29. April in Norderstedt getagt und dabei über wichtige Projekte der Landesregierung beraten. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Fragen des kommunalen Finanzausgleichs, der KITA-Reform, der Integration Geflüchteter, des Bundesteilhabegesetzes, des Landesentwicklungsplans und der Modernisierung und Attraktivierung des Öffentlichen Dienstes.

Der **Vorsitzende des Städteverbandes Schleswig-Holstein, Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer**, stellte zusammenfassend fest: *„Viele Reformprojekte der Landesregierung biegen jetzt auf die Zielgerade ein, gleichzeitig enden wichtige Finanzierungsvereinbarungen mit Ablauf des Jahres 2019. Die Finanzierungsbedarfe sind enorm, weshalb das Land in der Pflicht steht, den Städten in Schleswig-Holstein eine aufgabenangemessene Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen. Wir benötigen für eine ordnungsgemäße Haushaltsplanung noch vor der Sommerpause Planungssicherheit, mit welchen Mitteln wir ab dem Jahr 2020 rechnen können. Dies betrifft bspw. die KITA-Finanzierung, den Ausbau der Bildungslandschaft, die Finanzierung der Integrationsleistungen oder die Finanzierung der Leistungen nach dem Bundesteilhabegesetz.“*

„Bei diesen Aufgabenfeldern sind wir auf Unterstützung des Landes angewiesen bzw. haben zum Teil aus Rechtsgründen einen Anspruch auf Ausgleich der Kosten. Deshalb erwarten wir kurzfristig konkrete Finanzierungszusagen wie die Bedarfe ab dem Jahr 2020 ausgeglichen werden.“, erläuterte **Dr. Kämpfer** die Dringlichkeit von Verständigungen mit dem Land.

Von zentraler Bedeutung für die Zukunft der Kommunalfinanzierung ab dem Jahr 2021 werden daher auch die mit Spannung erwarteten Ergebnisse des Gutachtens zum kommunalen Finanzausgleich sein. *„Im Mittelpunkt steht eine bedarfs- und aufgabengerechte Finanzierung aller kommunalen Körperschaften sowie die Garantie einer Mindestfinanzausstattung, damit vor Ort nicht nur verwaltet wird, sondern die Städte auch dem gesellschaftlichen Gestaltungsauftrag nachkommen können“*, sagte der Vorsitzende des Städtebundes Schleswig-Holstein, Eckernfördes Bürgermeister Jörg Sibbel. Dies sei auch für das kommunale Ehrenamt von besonderer Bedeutung.

„Dabei setzen wir weiter auf eine faire Behandlung der Kommunen, wie sie im Koalitionsvertrag der die Landesregierung tragenden Parteien versprochen worden ist“, so Sibbel weiter, und verwies beispielhaft auf die großen Herausforderungen aller Kommunen im Bereich des dynamisch fortschreitenden Ausbaus der Kindertagesbetreuung, der Gestaltung moderner Bildungslandschaften, den Umbau der öffentlichen Verwaltung zu digitalen Dienstleistungsunternehmen oder den Ausbau und den Erhalt der Straßeninfrastruktur.

Allein im Schulbau summieren sich die Infrastrukturschulden der Kommunen in Schleswig-Holstein auf über 1 Mrd. €. *„Angesichts bestehender Lasten aus der Vergangenheit wird es ohne zusätzliche Mittel nicht gehen. Am besten wäre eine ausreichende Eigenfinanzierung der Städte aus Steuern und Finanzausgleich ohne auf Förderung angewiesen zu sein. Es geht entsprechend den Zielen der Landesentwicklungsplanung um den Erhalt und den Ausbau der Lebensqualität in den Städten Schleswig-Holsteins, die als zentrale Orte u.a. die wichtigsten Versorgungseinrichtungen für die Bildung, die soziale Gemeinschaft und die Gesundheitsversorgung bereithalten und die Voraussetzungen für das Leben und Wirtschaften vor Ort gestalten“*, stellten die Vorsitzenden weiter fest.

Besondere Sorge bereiten den Städten die unsichere Wirtschaftslage und die fehlende Klarheit auf Bundesebene. *„Wir müssen davon ausgehen, dass die kommende Steuerschätzung die kommunalen Einnahmeerwartungen ebenso wie die von Bund und Ländern nach unten korrigiert. Gleichzeitig sind auf Bundesebene wichtige Grundsatzentscheidungen zur Grundsteuer oder zur Fortsetzung der Mittelbereitstellung für Geflüchtete und Integration immer noch nicht gefallen. Auch deshalb brauchen wir jetzt einen klaren Kurs der Landesregierung, der den Städten die notwendige Planungssicherheit für das kommende Jahr vermittelt“*, so die Vorsitzenden abschließend.

Verantwortlich: Marc Ziertmann
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Städteverbandes Schleswig-Holstein